

---

**Geldwäsche  
Gläserner Bankkunde?**

---

Bei der Vorstellung des Pakets von Maßnahmen zur Aufdeckung illegaler finanzieller Transaktionen im Bereich des Terrorismus und der Geldwäsche, aber auch der Steuerhinterziehung, versuchte der Bundesfinanzminister Kritikern unter anderem mit der Unterstellung ins Zwielficht zu rücken, nur Bürger mit einem schlechten Gewissen könnten etwas gegen die Durchleuchtung ihrer Bankkonten haben. Dies muß allerdings jeden Liberalen hellhörig machen, für den der Schutz der Privatsphäre gegen staatliche und private Neugier ein selbstverständliches Bürgerrecht ist.

Das in § 30a des Abgabengesetzes kodifizierte „Bankgeheimnis“ ermöglicht ja bisher schon Auskünfte an Private über die Kreditwürdigkeit durch die Schufa oder die Konteneinsicht der Strafverfolgungsbehörden bei einem konkreten Strafverdacht. Allerdings folgt es dem Grundsatz, daß nicht der Schutz der Privatsphäre, sondern deren Verletzung zu begründen ist und daß es auch dann keinen unbegrenzten, sondern nur einen auf das legitime Informationsinteresse beschränkten Auskunftszwang gibt. Eine solche Beschränkung folgt nicht nur aus dem Bürgerrecht auf Privatsphäre, sondern ist auch ein Gebot staatlicher Klugheit, weil sonst auch die ehrlichen Bürger prophylaktisch Vorkehrungen zur Kontenverschleierung treffen; die Gesetzesbrecher tun dies ohnehin.

Der Respekt vor dem Schutz der Privatsphäre gebietet es dem Staat auch, erst die eigenen Hausaufgaben zu erledigen, bevor er zum Mittel der Steuerfahndung greift. In den letzten Jahren hat die Kürzung der Mehrwertsteuer durch den Abzug von fingierten Vorleistungen aus EU-Mitgliedsländern zu massiven Steuerausfällen geführt, und zwar wegen des Versäumnis der Finanzminister, den überfälligen Übergang vom Bestimmungsland- zum Ursprungslandprinzip zu vollziehen und für eine Koordinierung der nationalen Finanzämter auf EU-Ebene zu sorgen. hä

---

**Steuererhöhungen  
Schädigung des Vertrauens**

---

Der Bundesfinanzminister will die Tabaksteuern erhöhen und mit einer Anhebung der Versicherungssteuer 3 Mrd. DM an zusätzlichen Einnahmen erzielen. Dieser Mehrbetrag soll einen Teil der hinzugekommenen Ausgaben für die innere Sicherheit und den

Kampf gegen den weltweiten Terrorismus finanzieren. Die deutsche Öffentlichkeit, die sonst bei jeder Steuererhöhung aufschreit, reagierte merkwürdig passiv, nicht zuletzt weil die Raucher und die Versicherungsnehmer eine Gruppe sind, denen die Gegenwehr schwer fällt. Die einen müssen sich Vorhaltungen anhören, ihre Gesundheit selbst zu gefährden, und die anderen können nicht ausweichen und müssen zahlen.

Das Bedürfnis an Sicherheit und die Bereitschaft, dafür einer Gruppe von Bürgern Opfer abzuverlangen, ist derzeit vermutlich zu groß, als daß man sich über einen kleinen Betrag an zusätzlichen Steuern streiten will. Die betroffene Industrie und die dort Beschäftigten wollen sich nicht dem Verdacht aussetzen, Sicherheitsinteressen für den kurzfristigen Kommerz opfern zu wollen. Und im Parlament muckte die Opposition eher verhalten auf.

Dabei wäre Protest durchaus angebracht. Es nimmt schon wunder, daß die Regierung bei einem Gesamthaushalt von 458 Mrd. DM nicht durch Umschichtungen die geringe Summe von 3 Mrd. DM freimachen kann. Der von der Bundesregierung als vorbildlich herausgestellte Haushalt läßt es also offensichtlich nicht zu, unvorhergesehene Ausgaben ohne Steuererhöhungen zu finanzieren. Doch nicht zuletzt gilt auch in diesem Fall die Erfahrung, daß jede noch so geringe Steuererhöhung durchaus großen Flurschaden anrichten kann. Und ein gebrochenes Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, schädigt auch dann das Vertrauen in den Staat, wenn nur kleine Anhebungen vorgenommen werden. mk

---

**WTO  
Umstrittene Agenda**

---

Auch wenige Wochen vor Beginn der geplanten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Katar vom 9. bis 13. November konnte noch keine Einigung über die Agenda für eine neue Handelsrunde erzielt werden. Dabei scheinen die Positionen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern einerseits sowie zwischen der EU, den USA und Japan andererseits festgefahren zu sein. Zudem herrscht Unsicherheit darüber, inwieweit sich die USA nach den Terroranschlägen vom 11. September noch zur wirtschaftlichen Offenheit ihres Landes bekennen.

Hauptstreitpunkt bleibt die Landwirtschaft: Während die EU, die USA und Japan nur zu einer moderaten Öffnung ihrer Agrarmärkte bereit sind, drängen die Entwicklungsländer sowie die in der Cairns-Gruppe

zusammengeschlossenen Agrarexportländer auf eine möglichst weitgehende Öffnung sowie die Abschaffung aller handelsverzerrenden Subventionen. Die EU fordert, bei künftigen Verhandlungen die Themen Umwelt- und Verbraucherschutz stärker mit dem Handelsaspekt zu verzahnen. Dies stößt jedoch, ebenso wie die Aufnahme von Verhandlungen über Sozialstandards, bei nahezu allen anderen WTO-Mitgliedstaaten auf Widerstand.

Indien und einige weitere große Entwicklungsländer haben sich vorerst gegen den Start einer neuen Welthandelsrunde ausgesprochen. Nach ihrer Meinung sollten zuerst die bestehenden Abkommen vollständig umgesetzt oder zumindest flexibler gehandhabt werden. Um einen Minimalkonsens zu erzielen, wird man daher nicht umhinkommen, sich zunächst auf die Kernthemen wie den Agrar- und Textilhandel zu konzentrieren. Nach Klärung dieser Punkte könnte dann über eine Weiterentwicklung des Welthandelssystems durch die Aufnahme nur mittelbar relevanter Handlungsthemen nachgedacht werden. mi

---

#### Polen

### Euroskepsis nimmt zu

---

Solidarnosc und die liberale Freiheitsunion (UW) bleiben in Polen die Inbegriffe der wirtschaftspolitischen Wende von 1989 und Leszek Balcerowicz der Mann, der Polen auf den Weg zur Marktwirtschaft gebracht hat. Mit Begeisterung haben die Bürger Polens an der Umsetzung des Reformprogramms gearbeitet und die ihnen 1993 in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft enthusiastisch begrüßt.

Heute, zwölf Jahre nach der Wende, haben die politischen Hoffnungsträger von damals in den Augen vieler Polen jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Interne Machtkämpfe und zahlreiche Korruptionsskandale der letzten Solidarnosc-Regierung sowie die mit Hochdruck durchgepeitschten Reformen der sozialen Absicherung sowie des Gesundheits- und Bildungswesens haben den Reformeifer und die EU-Euphorie der Bevölkerung stark beeinträchtigt.

Die enttäuschten und frustrierten Bürger haben am 23. September ihren Unmut zum Ausdruck gebracht, indem sie die sozialdemokratisch ausgerichtete Parteienallianz von Linksbündnis (SLD) und Arbeitsunion (UP) mit Leszek Miller an der Spitze zu ihrem neuen Hoffnungsträger wählten. Die neue politische Gruppierung verspricht zwar, an den liberalen Grundsätzen der Vorgänger festzuhalten und Polen aus der Sackgasse in den EU-Beitrittsverhandlungen zu führen. In Anbetracht der schwierigen Haushaltslage und der

starken Präsenz euroskeptischer Parteien im Parlament wird dies jedoch keine leichte Aufgabe sein.

Das polnische Wahlergebnis ist auch ein Signal in Richtung Brüssel. Die Verantwortlichen in der EU sollten sich kritisch hinterfragen, ob sie für den Zulauf der Euroskeptiker mitverantwortlich sind und was sie an den laufenden Beitrittsverhandlungen verbessern könnten. Denn nur in einer Atmosphäre der Partnerschaft und der gegenseitigen Achtung wird Leszek Miller vollenden können, was Leszek Balcerowicz begonnen hat. ap

---

#### USA

### Expansiver Kurs

---

Die Regierung und der Kongreß in den USA haben auf die ökonomische Verunsicherung nach den Terroranschlägen vom 11. September entschlossen reagiert: Schon wenige Tage danach wurden einstimmig ein Sofortpaket in Höhe von 40 Mrd. \$ für Katastrophenhilfe, Aufräumungs- und Wiederaufbaumaßnahmen und militärische Operationen verabschiedet sowie Garantieleistungen und direkte Unterstützungszahlungen in Höhe von 15 Mrd. \$ für den Luftfahrtsektor gewährt.

Damit wird der Gesamtumfang von zusätzlichen fiskalischen Stützungsmaßnahmen aber bei weitem noch nicht erreicht sein. Diskutiert werden unter anderem ein Vorziehen der zweiten Stufe der Einkommensteuersenkung von 2004 auf 2002, eine zweite Runde an Lohnsteuerrückzahlungen für Niedrigverdiener, eine Verkürzung von Abschreibungsfristen, die Senkung der Körperschaftsteuer, die Abschaffung der „Alternative Minimum Tax“ für Unternehmen sowie eine partielle Verlängerung der Anspruchsberechtigung für Arbeitslosengeld. Die Summe der zur Stützung der Konjunktur beschlossenen und noch zu erwartenden Maßnahmen dürfte bis zu 85 Mrd. \$ betragen.

Schon vor den Terroranschlägen hatte die Finanzpolitik angesichts der konjunkturellen Abkühlung mit den im Mai beschlossenen Steuerreduzierungen einen expansiven Kurs eingeschlagen. Obwohl ein Teil der nun noch dazukommenden Maßnahmen – insbesondere auf der Steuerseite – nicht unmittelbar nachfragewirksam werden dürfte, ist doch insgesamt mit einem weiteren erheblichen Impuls – von rund einem Prozent des BIP – zu rechnen. Daß dies zusammen mit den auch im Gefolge der Produktionsausfälle zu erwartenden Steuermindereinnahmen wohl dazu führen wird, daß der Bundeshaushalt im gerade begonnenen Fiskaljahr erstmals seit 1996 wieder mit einem Defizit abschließt, erscheint vor dem außergewöhnlichen Hintergrund als hinnehmbar. cb